

N i e d e r s c h r i f t

der Sondersitzung des Stadtrates am 05.02.2004

ö f f e n t l i c h

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 17:00 Uhr bis 18:50 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Ingrid Häußler	OB
Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Milad El-Khalil	CDU
Frau Dr. Sabine Fiedler	CDU
Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Ingo Kautz	CDU
Herr Günter Köhler	CDU
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Dieter Lehmann	CDU
Herr Werner Misch	CDU
Herr Frank Sängler	CDU
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Dr. Ulrike Wünschler	CDU
Herr Dr. Erwin Bartsch	PDS
Frau Ute Haupt	PDS
Herr Prof. Dr. Siegfried Kiel	PDS
Herr Dietmar Klimek	PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Oliver Krockner	PDS
Frau Margrit Lenk	PDS
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Herr Klaus Müller	PDS
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Herr Robert Bonan	SPD
Herr Karl-Heinz Dreizehner	SPD
Frau Hanna Haupt	SPD
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Dr. Günter Kraus	SPD
Frau Barbara Scheller	SPD
Herr Andreas Schmidt	SPD
Herr Armin Voß	SPD
Frau Dr. Gesine Haerting	HAL
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL
Frau Sabine Wolff	HAL
Frau Yvonne Berktold	UBF
Frau Hannelore Blumenthal	UBF
Herr Jürgen W. Schmidt	UBF
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF
Herr Bernd Stemme	UBF
Frau Petra Meißner	FDP
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Eberhard Doege	
Herr Dieter Funke	
Herr Dr. Hans-Jochen Marquardt	
Frau Dagmar Szabados	

Entschuldigt fehlen:

Herr Thomas Godenrath	CDU
Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU
Herr Frank-Uwe Heft	PDS
Frau Marlies Schaffer	PDS
Frau Heidrun Tannenberg	PDS
Herr Johannes Krause	SPD
Herr Ulrich Richter	SPD
Herr Andreas Strauch	SPD
Herr Peter Jeschke	HAL
Herr Heinz Maluch	HAL
Herr Manfred Schuster	HAL
Herr Mathias Weiland	HAL

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Wortprotokoll:

Die Sondertagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h**.
Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.
Gegenwärtig seien 43 Mitglieder des Stadtrates (75%) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Es gab keine Anmerkungen zur Tagesordnung.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich z u g e s t i m m t

Es wurde folgende **T a g e s o r d n u n g** festgestellt:

1. **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit**
2. **Feststellung der Tagesordnung**
3. **Vorlagen**
- 3.1. **Auswirkungen der Hochschulstrukturreform auf die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein und auf die Stadt Halle (Saale)**
Vorlage: III/2004/03898

zu 3 Vorlagen

zu 3.1 Auswirkungen der Hochschulstrukturreform auf die Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg, die Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein und auf die Stadt Halle (Saale)

Vorlage: III/2004/03898

Wortprotokoll:

Herr **Bönisch**, Vorsitzender des Stadtrates, begrüßte als Gäste:

Herrn Prof. Grecksch, Rektor der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

Herrn Prof. Klieber, Rektor der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein

Herrn Missal, Studierendenrat der Martin-Luther-Universität

Herrn Clausen und Herrn Spanka, Studierendenrat der Hochschule für Kunst und Design

Ohne förmliche Abstimmung stimmte der Stadtrat einem Rederecht für die Gäste der Tagung zu.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** führte u.a. aus: Zunächst möchte sie den Kultusminister des Landes entschuldigen, der eingeladen gewesen sei. Der Minister habe seine Abwesenheit damit begründet, er sei jederzeit zu Gesprächen über das Thema Hochschulen bereit, möchte aber keine separaten Diskussionen in Halle und in den Magdeburg führen, wenn, dann mit allen gemeinsam, weil er immer die Gesamtsicht des Landes bei der Diskussion im Auge haben möchte.

Dass der Stadtrat eine Sondersitzung durchführe, komme nicht alle Tage vor und kennzeichne die besondere Situation.

Sie glaube, dass die Stadt Halle stolz darauf sein könne, dass sie zwei Einrichtungen wie die Martin-Luther-Universität und die Hochschule für Kunst und Design in ihren Mauern hat, die eine hervorragende Entwicklung genommen haben und immer noch nehmen.

Für die Stadt sei es ganz wichtig, dass diese beiden Einrichtungen sich auch vernünftig weiterentwickeln müssen.

Man wisse, dass man mit der Martin-Luther-Universität eine klassische Volluniversität habe, die mit all dem ausgestattet sei, was man sich wünsche. Es sei schon entscheidend, ob man über eine Volluniversität verfüge oder eine Universität habe, die sich bestimmten Teilbereichen widmet. Inzwischen habe die Universität etwa 17 600 Studenten. Das seien schon mehr, als das Land jemals für diesen Standort vorgesehen habe und zeige die Attraktivität und die gute Entwicklung der Universität.

Die Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein sei für uns genauso wertvoll.

Sie setze ganz besondere Akzente in der Stadt, wenn man sehe, was für eine reiche Künstlerlandschaft vorzufinden sei. Das sei auch ein Grundlage für die Entwicklung der Stadt, ein Aushängeschild, etwas Besonderes, das die Stadt brauche, um auch ihren Ruf als Kultur- und Kunststadt weiter zu entwickeln.

Deshalb sei es für uns Verpflichtung, sich um die Entwicklung der Universität und der Kunsthochschule zu kümmern.

Man befinde sich mitten im Wandel von der Industriestadt zur Kulturstadt, was eine typische Entwicklung sei, aus dem Industriezeitalter hinein in das neue wissensorientierte Zeitalter. Dafür brauche man diese Einrichtungen.

Sie halte es nicht für vernünftig, wie die Landesregierung an das Thema Einsparen herangeht. Die Frage sei, wie man mit diesen Dingen umgehe und dabei am Ende trotzdem zu einer guten Entwicklung komme. Man habe an vielen Stellen festgestellt, dass man durchaus einsparen kann und dabei aus der Not heraus manchmal entscheidende Veränderungen vornimmt, die letztendlich zu einer Entwicklung führen. Warum sollte das nicht auch bei den Universitäten möglich sein? Aber das sei immer nur dann möglich, wenn die, die davon betroffen sind, in der Lage sind, mitzureden, ihre eigenen Vorstellungen zu sagen und diese auch durchzusetzen.

Zum Thema Hochschulautonomie: Da habe sie das Gefühl, dass hier inzwischen falsche Tendenzen im Lande verfolgt würden, und diese Hochschulautonomie nicht mehr in der Weise für die Zukunft gesichert sei, wie man sich das wünsche und wie die Hochschulen das brauchten, um ihre eigenen Entscheidungen treffen zu können.

Zum Thema Martin-Luther-Universität mit den Ingenieurwissenschaften: In Halle würden zur Zeit die Themen Biotechnologie und Nanostrukturierte Materialien neu ausgebaut, bedeutende Investitionen würden auf diesen Gebieten getätigt. Es sei unbedingt erforderlich, hier eine Grundausbildung zu haben und die entsprechenden Abschlüsse machen zu können. Das habe nicht nur für Halle Bedeutung, sondern für die gesamte mitteldeutsche Region. Die Landesregierung müsse sehen, dass es hier um die Entwicklung eines gesamten Wirtschaftsraumes gehe, und es nicht richtig sei, hier die Ingenieurwissenschaften in dieser Weise einzukürzen.

Eine Volluniversität zu haben, sei in Deutschland etwas Besonderes. Es gebe nicht so viele Städte, die solche traditionsreichen Einrichtungen haben wie wir. Deshalb sei die Martin-Luther-Universität auch ein Aushängeschild für das gesamte Land. Das sollte das Land auch sehen und versuchen, diesem Rechnung zu tragen bei allen Schwierigkeiten, die selbstverständlich da sind.

Wenn sie die Diskussion richtig verfolgt habe, seien sich die Universität und die Kunsthochschule klar darüber, dass es Einschnitte geben müsse, dass man einsparen müsse, die Frage sei das Wie. Gerade dieses Wie einzufordern, das sollte heute hier die Aufgabe sein.

Herr **Prof. Grecksch** erklärte u.a., er sei der Oberbürgermeisterin dankbar, dass sie sich klar zur Volluniversität, zur Hochschulautonomie und dem Wechselspiel zwischen Universität, außeruniversitärer Forschung und sich entwickelnden Wirtschaftsunternehmen in Universitätsnähe geäußert habe.

Das Land habe im Sommer des vergangenen Jahres eine Hochschulstrukturplanung vorgelegt, die inzwischen im Status eines Kabinettsbeschlusses sei. In der vergangenen Woche hätten die Anhörungen zu einem neuen Hochschulstrukturgesetz und zu einem neuen Hochschulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt stattgefunden. Diese drei Dinge – Hochschulstrukturplanung, Hochschulstrukturgesetz und Hochschulgesetz gehörten zusammen, man könne sie nicht isoliert voneinander betrachten.

Zum Hochschulstrukturplan: Dieser verlange von der MLU Einsparungen in einer Höhe von über 14 Mio. €, die zum 01.01.2006 wirksam werden sollen. Diese Summe sei real nicht erbringbar, auch nicht, wenn man alle Stellen und alle Investitionen, über die die Universität selbst im Rahmen des Haushalts verfügen kann, sperre.

Die Hochschulen seien gehalten gewesen, bis Ende 2003 Antworten auf die Vorstellungen des Landes zu geben. Die Uni habe dies getan und habe den kurzfristigen Sparüberlegungen des Landes ein Konzept „Universität 2012“, ein Konzept über einen längeren Zeitraum entgegengesetzt. Auch dieses Ziel habe Konsequenzen, sei aber nicht ein Konzept des blinden Sparens.

Das Hochschulstrukturgesetz, dem Hochschulgesetz vorgeschaltet, ermögliche dem Kultusminister, bis zum 31.12.2005 auf dem Verordnungswege über die Zusammenlegung, die Auflösung von Fachbereichen, Struktureinheiten, Studiengängen zu befinden. Alle bisherigen Hochschulstrukturgesetze des Landes hätten einen Inhalt gehabt, der festgeschrieben habe, was passieren solle. Hier sei es ein Gesetz, was dies nicht festschreibe. Ein Hochschulstrukturgesetz könne nicht anonym sein; wenn man die Strukturen übergreifend verändern wolle, müsse man auch den Mut haben, in einem Gesetz zu bekennen, was man ändern und wie man es ändern wolle.

Hochschulstrukturgesetz, Hochschulgesetz nähmen durchgehend tiefe Eingriffe in die Hochschulautonomie vor. Konzil und Senat der MLU seien einhellig der Meinung gewesen, dass die Gremienuniversität funktioniere und dass es der Martin-Luther-Universität auch unter äußerst misslichen Bedingungen immer gelungen sei, schwierige Entscheidungen zu treffen und diese auch zu bewerkstelligen. In diesem Sinne sei es aus Sicht der Universität absolut unverständlich, wie man in der neuen Gesetzgebung diese bewährten Gremien in ihrer Autonomie beschneide und mit dem Gesetz einen durchgängigen Ermächtigungsweg ermögliche.

Die Studierenden treibe die große Sorge, dass mit einem Passus in dem neuen Hochschulgesetz zur Einführung von Gebühren für sogenannte Langzeitstudierende die Tür für Studiengebühren geöffnet werde. Senat und Konzil hätten sich in dieser Richtung eindeutig geäußert. Wenn man über Gebühren rede, müssten Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehöre eine intakte Wirtschaft, die Stipendien geben könne. Habe man diese? Es müsse ein ausgeprägtes Stipendiensystem vorhanden sein, das weit über die bisherigen Fördermöglichkeiten hinaus gehe. Habe man dieses?

Länder, in denen es Gebühren gibt, hätten eine intakte Bewegung Ehemaliger, die die Hochschulen finanziell tatkräftig unterstützen. Habe man dies?

Alles müsse man verneinen, in dem Sinne sei mit ihm keine Debatte über Studiengebühren zu führen.

Herr **Prof. Klieber** äußerte u.a., die Reduzierung für die Burg sei nicht so gravierend ausgefallen wie für die MLU und die Probleme, die dort zu meistern seien, hätten ganz andere Dimensionen. Dennoch schüttle man die geforderte Reduzierung von ca. 900 T€, das seien 7,8 % des jährlichen Etats, nicht einfach aus dem Ärmel. Einschnitte in einer kleineren Einheit, wie es die Burg sei, gingen sofort an den Kern.

Die geplanten Reduzierungen bedeuteten, man werde im Personalbereich von 197 Personalstellen auf 170 heruntergefahren. Das bedeute den Abbau von 11 Hochschullehrerstellen, 11 Mittelbaustellen und 5 sonstigen Stellen.

Der Elitegedanke sei in den letzten Wochen stark strapaziert worden. Man habe hier eine Eliteausbildung, hervorragende Mitarbeiter und hervorragende Werkstätten.

Halle – Kulturhauptstadt, und gleichzeitig werde die einzige Kunsthochschule mit überregionaler Bedeutung nivelliert, das klinge wie Hohn.

Gravierende Umstrukturierungen seien auch in der Grundlagenausbildung und im Industriedesign geplant, auch das habe schwer einschätzbare Folgen für eine Einrichtung, deren Aushängeschild eine hervorragende und breite Grundlagenausbildung und deren Industriedesign über Jahrzehnte maßgeblich für den ganzen Osten die formgebende Instanz gewesen sei.

Jeder Studienplatz, der wegfallt, habe Auswirkungen auf die Stadt, jede Personalstelle, die nicht mehr existiere, habe Auswirkungen auf die Stadt, direkt oder indirekt; die Attraktivität nehme in jedem Falle ab.

Man werde die Medienausbildung weiter aufbauen, jedoch nicht in der Professorenzahl, die einmal angedacht gewesen sei.

Die geplante Reduzierung habe auch Auswirkungen auf die Flächen; zum einen sehe man die Planung, die Hochschulbibliothek zukünftig im Neuwerk 6 unterzubringen, als gefährdet an. Man hoffe sehr, dass die Realisierung doch noch möglich wird.

Der geplante Neubau der Hochschule an der Seebener Straße solle die Zusammenführung aller Bereiche im Fachbereich Kunst abschließen. Aus städtischer Sicht entstehe durch diesen Neubau eine Chance für eine sehr interessante Entwicklungsmöglichkeit auch für das Giebichensteinviertel.

Ohne ausreichende Flächen könne man nicht arbeiten, Kunst brauche Fläche, anders als andere Bereiche, Kunst ohne Flächen sei nicht möglich.

Durch die Reduzierung des Etats und die Infragestellung der geplanten Baumaßnahme in ihrem Gesamtvolumen nehme man der Burg die Möglichkeit der Optimierung der Ausbildungsstandorte; durch die Reduzierung der Finanzmittel nehme man die weichen Faktoren, die Spielräume, die für jede Kunsthochschule notwendig seien. Die Burg sei eines der wichtigsten Aushängeschilder für die Region und für das Land. Ausländische Besucher aus der ganzen Welt reisten an, um die traditionsreiche Hochschule zu besuchen.

Herr **Missal** erklärte aus der Sicht der Studierenden der Martin-Luther-Universität, die Hochschulen und die Studierenden seien nicht nur als Wirtschaftsfaktor für die Stadt interessant, sondern prägten auch durch Angebote seitens der Hochschule und kulturelles Interesse von Seiten der Studierenden das Stadtbild positiv.

Den studentischen Standpunkt legte er dar zu Themen wie Einführung von Gebühren, freier Zugang zu Bildung, Umgestaltung der Gruppenuniversität in eine Leitungsuniversität – die Studierenden fordern in der aktuellen Debatte von der Landesregierung die Beibehaltung des Konzils mit seinen bisherigen Aufgaben und die paritätische Besetzung des Gremiums; Veränderung des Status des Studienkollegs.

Zum Entwurf des Hochschulstrukturgesetzes: In ihm seien keine Strukturen für die Zukunft benannt, der Entwurf sähe einzig die Ermächtigung des Ministeriums vor, die Strukturen letztlich selbst bestimmen zu können, indem es Studiengänge und ganze Fachbereiche verlagern oder schließen könne. Das sei ein massiver Eingriff in die Hochschulautonomie. Außerdem werde auch das Landesparlament von den Entscheidungen ausgeschlossen. Veränderungen seien von der Landesregierung besonders in den Bereichen Lehrerbildung, Ingenieurstudiengänge und Landwirtschaftliche Fakultät geplant.

Gebildete Bürger seien ein Grundpfeiler der Gesellschaft. Er betrachte Bildung nicht als Ware, sondern als Menschenrecht. In diesem Zusammenhang seien Kürzungen und damit verbundene Abstriche im Angebot und der Qualität der Bildung von jungen Menschen, der Steuerzahler von morgen, nicht hinnehmbar genau wie der Entzug der demokratischen Mitbestimmung an den Hochschulen.

Herr **Clausen** äußerte für die Studierenden der Hochschule für Kunst und Design Burg Giebichenstein Meinungen und Bedenken. Seit Monaten würden Professoren, Angestellte und Studentenvertreter Gesetzestexte wälzen, Proteste organisieren, Proteste schreiben. Man betreibe sozusagen Lobbyarbeit für den Erhalt eines Hochschulsystems, das sich in weiten Teilen bewährt habe.

Dringende Bitte an die Anwesenden sei, das wiederholte Angebot der Konferenz der Studierendenschaften des Landes Sachsen-Anhalt zur Diskussion wahrzunehmen; es solle ein Runder Tisch einberufen werden, der genau diese Thematik noch einmal verstärkt behandeln solle, sich Zeit und Ruhe nehmen sollte, über solch eine wichtige Sache zu beraten und erst dann zu entscheiden.

Er habe dem (leider abwesenden) Kultusminister ein Buch überreichen wollen; die Frage, warum keine gedruckten Buchstaben in dem Buch zu finden seien, sollte dem Minister persönlich gestellt werden.

Herr **Schmidt** erklärte für die SPD-Fraktion, man halte Kürzungen im Hochschulbereich in der Situation, in der das Land sich befinde, für falsch. Man halte es auch für falsch, die Finanzmittel, die entstehen, wenn die Universitäten und Hochschulen interne Reformen durchführen, zur Einsparung im Landeshaushalt heranzuziehen. Die Hochschulen brauchten diese Mittel, um weiter wachsen und sich weiter profilieren zu können. Anfang der 90iger Jahre sei die Universität Magdeburg aufgebaut worden und eine Entscheidung für zwei Universitäten im Land gefallen. Er hoffe, dass allen Beteiligten klar gewesen sei, dass man dies langfristig ausfinanzieren und durchstehen müsse. Die Studentenzahlen würden das auch hergeben – das habe man damals noch nicht gewusst –, dass man die Strategie der zwei Universitäten und anderer Hochschulen im Land fahre. Wenn man diese Strategie verlasse, was die gegenwärtige Landesregierung tue, dann könne man diese Frage nicht durch Kürzungen in Halle beantworten, sondern da müsse man die Fehlentscheidung – eine Universität in Magdeburg aufzubauen – rückgängig machen und müsse die Otto-Guericke-Universität zu dem machen, was sie besser geblieben wäre, nämlich zu einer Technischen Hochschule. Das sei aus ihrer Sicht, unabhängig davon, wie man sich zur Kürzungspolitik der Landesregierung im Hochschulbereich stelle, grundsätzlich die Antwort, die aus Halle auf diese Frage nach den 30 Millionen gegeben werden müsse. Die Martin-Luther-Universität sei die Landesuniversität, man müsse sie dazu nicht erklären, sie müsse wachsen, sowohl, was die Quantität der Studentenzahlen betreffe als auch, was ihre Qualität betreffe. Wenn der Minister sage, man brauche mehr Klasse statt Masse und damit auf geringere Studierendenzahlen an den Hochschulen des Landes hindeute, dann sei das eine Aussage, zu der man nicht sagen könne, sie sei richtig oder falsch, sie gehe schlichtweg an der Realität vorbei. Das bis zum Jahre 2010 in Deutschland einzuführende Bachelor/Master-System bedeute, dass man überall in Deutschland mehr Studenten haben werde. Man müsse berücksichtigen, dass das Bachelor-System den Bedarf an Lehre sogar noch vergrößern werde, weil dort intensivere Lehre betrieben werden müsse als dies im Diplom- oder Magistersystem der Fall sei. Exzellenz wachse nicht an Universitäten und Hochschulen, an denen die Institute so klein seien, dass sie das jeweilige Fach nicht mehr abdecken könnten. Genau das drohe jetzt in Halle schon in mehreren Fächern. Dem Minister hätte er gern persönlich gesagt: Wenn er den Mut habe, den wahrscheinlich geringsten Landeshochschulhaushalt in der Geschichte dieses Landes vorzulegen, müsse er auch den Mut haben, den Magdeburgern ins Gesicht zu sagen, dass der Universitätsstandort nicht mehr existieren könne. Er bitte den Stadtrat, heute ein eindeutiges Votum abzugeben, dass, unabhängig davon, wie man sich zu der grundsätzlichen Frage stelle, die Kürzungen nicht in Halle stattfinden können, weil die Landesuniversität und der Hochschulstandort des Landes in Halle sein müssen.

Herr **Prof. Kiel** bemerkte aus Sicht der PDS-Fraktion, man teile die Sorgen und Nöte, wie sie hier von den Rektoren, von den Studentenvertretern artikuliert worden seien. Man wünsche sich eine positive gedeihliche Entwicklung auch in der Zukunft der Martin-Luther-Universität. Halle als Universitätsstadt – dieser Satz habe einen guten Klang, der auch in Zukunft so bleiben möge.

Als Vorsitzender des Bildungsausschusses sage er, dass vor zwei Jahren auf Initiative dieses Ausschusses im Stadtrat ein Offener Brief an den damaligen Kultusminister verabschiedet worden sei. Damals habe man schon auf ganz bestimmte Entwicklungen kritisch hingewiesen und bestimmte Erwartungen zum Ausdruck gebracht. – Er zitierte aus diesem Brief. – Insofern meine er, dass die heutige Beratung in einer gewissen Linie stehe, die zum Ausdruck bringe, dass sich der Stadtrat und seine Fraktionen für die Entwicklung an der Universität nicht nur interessieren, sondern an dieser Entwicklung Anteil nehmen wollen und diese Entwicklung mit ihren spezifischen Möglichkeiten fördern möchten.

Frau **Weiß** äußerte für die CDU-Fraktion, das Land Sachsen-Anhalt stehe mit seiner schwierigen Haushaltssituation nicht alleine, wenn auch die Situation hierzulande besonders prekär und dramatisch sei. Während Sachsen die Geldzuweisungen des Bundes seit Mitte der 90iger Jahre konsequent zur Schuldentilgung eingesetzt habe, sei das Geld in Sachsen-Anhalt vornehmlich in den sozialen Bereich geflossen. Damit sei zwar eine besondere Klientel befriedigt worden, aber der jetzt angehäuften Schuldenberg lähme heute unsere Handlungsfähigkeit. Es habe zwar bereits bei einer Vorgängerregierung Einsparpläne im Hochschulbereich gegeben, aber da damit ausgesprochen unpopuläre Entscheidungen verbunden seien, sei eine Realisierung ausgeblieben.

Wenn die Oberbürgermeisterin die Stadt Halle mit ihren Einsparbemühungen, die sie an vielen Stellen nur in Anführungszeichen setzen könne, als Vorbild für das Land und für diese Situation nehme, habe sie ihre Probleme, aber über den städtischen Haushalt werde im Stadtrat noch in einer anderen Sitzung zu entscheiden sein.

Aus diesen finanziellen Gründen sehe sie die Konsequenz der Landesregierung, zielgerichtet, wenn auch schmerzlich diesem Schuldenwachstum entgegenzutreten und durch Strukturänderungen eine Einsparung zu erzielen, um nicht unsere Kinder mit einem unübersehbaren Scherbenhaufen zu konfrontieren, als einzig richtigen Weg an.

Auf der Grundlage dieser Sparpolitik müssten sich auch die Universitäten, die Hochschulen und Fachschulen einer kritischen Prüfung unterziehen. Bis hierher gebe es auch bei diesen Einrichtungen Konsens. Eine unterschiedliche Meinung gäbe es hinsichtlich der Art und Weise der Umsetzung der Sparziele, insbesondere der Eingriffe in die Strukturen der Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen. Das sei auch Anlass der heutigen Veranstaltung. Als Stadträte sei man sich bewusst, dass man hier keine Entscheidung zu treffen habe, aber man sei der Stadt Halle mit all ihren Einrichtungen verpflichtet.

Wenn die Martin-Luther-Universität als größter Arbeitgeber dieser Stadt und die Kunsthochschule von Veränderungen betroffen seien, die den Eindruck erwecken, dass diese Einrichtungen einen überproportionalen Sparbeitrag zu leisten haben, berühre das auch die Stadträte.

Sie habe bis heute noch keine plausible Erklärung dafür erhalten, warum die Universität Magdeburg ein Einsparpotential von 10% zu erbringen habe, die Fachhochschulen eines zwischen 2% und 7% und die Martin-Luther-Universität mit 12,7% beteiligt werde. Dabei sei noch nicht einmal berücksichtigt worden, dass in Halle in den letzten zwei Jahren 400 Stellen abgebaut worden seien, was in Magdeburg nicht geschehen sei.

Es dränge sich der Eindruck auf, dass eine große traditionsreiche Universität abgebaut und damit einer kleineren Universität, einer ehemaligen Technischen Hochschule, angepasst werden solle. Oder wie sei es zu verstehen, dass in Magdeburg ein Studiengang Biologie aufgebaut werde, einschließlich eines Neubaus, obwohl die MLU über einen solchen Studiengang mit 17 Professoren verfüge?

Aus den derzeitigen Planungen sei nicht ersichtlich, wie mit den vielen Doppelungen im Land umgegangen werde, hier liege ihres Erachtens ein Sparpotential.

Zwischenzeitlich sei die Absicht, an der MLU Ingenieurwissenschaften abzuschaffen, dahingehend geändert worden, dass 12 Professuren für Bioengineering und 6 Professuren für Materialwissenschaften erhalten blieben, die entsprechenden Studiengänge dazu sollen allerdings geschlossen werden. Diese wären in Halle jedoch besonders wichtig für das hier ansässige Max-Planck-Institut für Mikrostrukturphysik, für das Fraunhofer Institut, für das Institut für Pflanzenzüchtung und auch das TGZ.

Man sei sich der Notwendigkeit von größeren Veränderungen sehr bewusst, auch an Einsparungen im Hochschulbereich werde kein Weg vorbeigehen. Eine für die Universitäten und Hochschulen zu vertretende Lösung, die letztlich auch im Sinne des Landes ist, könne nur gemeinsam mit den betroffenen Einrichtungen erzielt werden. Dabei könne es nicht sein, dass die Einrichtungen der Stadt Halle einen überdimensionalen Sparbeitrag zu leisten haben; dies müsse im Kontext zu den Sparmaßnahmen aller Universitäten, Hochschulen und Fachhochschulen im Land stehen und vor allem einen realisierbaren Inhalt haben. Unter diesem Gesichtspunkt schließe sich ihre Fraktion dem Beschlussvorschlag an.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, führte aus, es sei viel gesagt worden, zu dem, was nicht passieren dürfe und zu dem, was wünschenswert sei.

Sie denke, man brauche auf allen Ebenen im Land Sachsen-Anhalt, bundesweit und natürlich auch hier in der Stadt die Diskussion: Was ist jetzt in dieser Situation, finanziell und wirtschaftlich, noch möglich für uns, wo wolle man hin mit der Stadt, mit dem Land, mit dieser Bundesrepublik? Wofür seien Gelder da und wofür setze man die Gelder, die begrenzt seien, ein? Da sei es ganz wichtig, dass Bildung ein Schwerpunkt sei. In diesem Sinne sollte auch auf allen Ebenen die Diskussion zu den Universitäten geführt werden.

Es könne Sachsen-Anhalt nicht gut gehen, wenn es der Stadt Halle schlecht gehe. Der Stadt Halle werde es schlecht gehen, wenn diese Einschränkungen an der Universität wahr würden. Man müsse sehen, wie es im Land verteilt sei: Magdeburg sei Landeshauptstadt und habe dadurch und durch große produzierende Betriebe einfach eine andere Voraussetzung, habe etwas, was Halle nicht habe. Halle habe dafür die alte traditionsreiche Universität. Ein solche Schwerpunktsetzung wäre da einfach richtig, damit Halle auch eine Grundlage habe und mit dem Pfund, das es habe, wuchern könne.

Man müsse sehen, in welchen Kontext sich das einbettet. Halle falle zur Zeit an allen Stellen hinten runter. In der Diskussion um den Regionalkreis beispielsweise müsse eigentlich auch etwas vom Land kommen, sonst sitze Halle da und habe ein dicken Speckgürtel um sich, und der Stadt fehle Möglichkeiten, sich zu entwickeln.

Deshalb unterstütze ihre Fraktion den Beschlusstext.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, äußerte sich zu dem Entwurf der Erklärung, die dem Stadtrat vorliege. Seine Fraktion werde dem sicher zustimmen, nur halte er den Ansatz, der darin gewählt worden sei, nicht für den richtigen. Er stimme eher dem Strukturentwicklungskonzept der Martin-Luther-Universität zu, in dem ein anderer Ansatz gewählt werde. Die Universität habe sich gefragt, worauf müsse man sich eigentlich begründen, worauf könne möglicherweise ein Umdenken, Umplanen, Umstrukturieren der Wissenschaftslandschaft basieren. In dem Konzept würden Rahmenbedingungen benannt, die auch die Stadt Halle selber betreffen – wie z.B. die demografische Entwicklung in der Stadt, aber auch der Region insgesamt, der Bedarf an wissenschaftlich qualifiziertem gut ausgebildetem Personal. Wenn man sich die bundesweite Diskussion anhöre, wenn es um die Arbeitslosenzahlen gehe, werde immer betont, dass zu wenig qualifiziertes Personal, gerade auch im ingenieurwissenschaftlichen Bereich vorhanden sei. Wenn er an die gesamte Bildungsdiskussion denke, dass es darum gehe, neue und junge Lehrerinnen und Lehrer weiter und besser auszubilden, so müssten auch die Rahmenbedingungen, die die Gesellschaft schaffe bzw. formuliere, in der Strukturentwicklung einer Hochschule Berücksichtigung finden. Er finde den gewählten Ansatz goldrichtig. Man müsse sicher u.a. berücksichtigen, dass möglicherweise da oder dort die Kasse ein bisschen knapp ist. Er finde, dass unsere Universität einen vernünftigen Vorschlag unterbreitet habe. Unter Berücksichtigung dieser demografischen Entwicklung, der prognostizierten Studentenzahlen, der Umstrukturierung in der wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Entwicklung in dieser Region, einschließlich der eigenen Schwerpunktsetzung, die die Stadt vornimmt, z.B. Multimediazentrum, die verstärkte Entwicklung in Richtung Biotechnologie, Engagement in Richtung Nanophysik oder eben auch an die Forschungen an der Universität selber, seien die Fragen und Antworten, die die Universität gegeben habe in ihrem Strukturkonzept zumindest nachdenkenswert. Er finde es falsch, wenn sie einfach beiseite geschoben werden und gesagt werde, das, was jetzt als Entwurf seitens der Landesregierung hier eingebracht wird mit Hochschulstrukturgesetz, mit Hochschulgesetz und Hochschulstrukturplanungsgesetz, das wird umgesetzt und sonst nichts anderes. Er finde, zumindest sollten die Hochschulangehörigen bzw. die Gremienvertreter über diese Dinge auf einer Augenhöhe mit den politisch Verantwortlichen mitsprechen Und das seien in aller erster Linie die Vertreter, die im Landtag sitzen und erst dann der Minister, denn die Entscheidung werde am Ende durch den Landtag gefällt; der Minister und seine Angestellten bzw. Beamten brächten entsprechende Entwürfe ein.

Er hoffe, dass da noch Spielraum möglich sei und könne sich durchaus vorstellen, dass ein anderer Ansatz auch zu einer anderen Überlegung, was die Entwicklung unserer Hochschulen hier in der Stadt betrifft, möglich mache.

Wäre es nicht notwendig zu fragen, was man tun müsse, damit die jungen Leute hier in Sachsen-Anhalt, aber auch in dieser Stadt Halle bleiben? Was sei notwendig, um jungen Nachwuchswissenschaftlerinnen und – wissenschaftlern hier an diesen Hochschulen eine Chance zu geben, Perspektive zu bieten und sie zu halten. Und was sei notwendig zu tun, damit unsere Hochschulen weiterhin Zentren innovativer Wissenschaftspotentiale bleiben und sich dazu weiter profilieren können. Man müsse nachfragen, was eigentlich notwendig sei um Hochschulen die Voraussetzung zur Mitbestimmung von Spitzenforschung zu ermöglichen. Da sei man dann bei den Teilen, die im Hochschulrahmengesetz jetzt geändert werden sollen, wenn es an die Autonomie der Universitäten gehe bzw. an die Veränderung der Gremienstrukturen an den Hochschulen selbst. Und welche Maßnahmen bedürfe es eigentlich, damit die Uni flexibel und schnell auf geänderte Rahmenbedingungen reagieren kann?

Die PDS lehne jegliche Studiengebühren, gleich welcher Art, ab, weil das dazu führe, dass soziale wie auch kulturelle Ungleichheit in dieser Gesellschaft manifestiert werde. Bildungsgleichheit, Bildungschancen sollten für jeden gegeben sein, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, erklärte, die Bedeutung der Universität für die Stadt Halle sei von allen Rednern betont worden, die Verbindung mit der Wirtschaft und ähnlichen Dingen ebenso. Die Frage, dürfe an der Universität und an der Hochschule zurückgeschraubt werden, sei völlig klar zu verneinen. Die Einrichtungen sollen wachsen, es sollen mehr Studenten nach Halle kommen, mehr Wissenschaftler usw.

Die Kunsthochschule bilde ja keine Malergesellen aus, das sei auch ein ehrenwerter Beruf, sondern dort werde künstlerische Kreativität entwickelt und gefördert. Von der Universität habe er kein anderes Verständnis, als dass sie Grundlagenforschung betreibe und Ausbildung von Wissenschaftlern oder zumindest wissenschaftliche Methodik beherrschenden Leuten.

Dieses Land habe keine Zukunft ohne eine entsprechend starke und lebensfähige universitäre Landschaft. Dabei sei es nicht so, dass das die Hochschulpolitik der Landesregierung sei; es finde überall so statt. Was hier im Land und in den anderen Ländern getan werde, da brauche man gar nicht mit dem Parteiengetzänk anfangen, sei so wie, wenn eine pharmazeutische Firma, die neue Produkte erzeugt, einfach den Forschungsbereich zurückschraube, weil der Umsatz zurückgehe. Man könne doch nicht in einer forschungsintensiven Kulturlandschaft sagen, weil man jetzt weniger Steuereinnahmen habe, schraube man die Ausgaben für die Forschung zurück und glaube, dass man damit eine Zukunft in diesem Land habe, das sei völlig ausgeschlossen.

Er persönlich denke, dass die Resolution, die der Stadtrat unterstützen solle, viel zu schwach sei. Er sehe keine finanziellen Zwänge, wenn es darum gehe, unsere Zukunft in der Wissenschaft – und das sei unser Potential – zu sichern.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, äußerte, es sei eine sehr schwierige Diskussion, weil er in an dieser Stelle sowohl als Absender – er halte es für wichtig, dass man als Stadtrat und hier in der Region Mitteldeutschland im Süden Sachsen-Anhalts die wichtigen Hochschuleinrichtungen, nicht nur die Martin-Luther Universität und die Hochschule für Kunst und Design, sondern z.B. auch die Fachhochschule Merseburg unterstütze - als auch als Empfänger agiere. In seiner Funktion als Landtagsabgeordneter sei er Empfänger dieser Nachricht. Von dieser Beratung müsse als Zeichen ausgehen, dass eine Stadt wie Halle mit ihren fast 240 000 Einwohnern durch ihren Stadtrat nach außen zu erkennen gebe, dass man die Universität in ihren auf dem Tisch liegenden Vorstellungen unterstützen wolle.

Es sei wichtig, aus seiner Sicht noch einmal darauf hinzuweisen, dass an den vorliegenden Gesetzesentwürfen, die sich jetzt in der parlamentarischen Diskussion befinden, an bestimmten Stellen auch Ermächtigungsvorschriften eingezogen seien. Ein Punkt, wo er es für wichtig halte, dass das Land, wenn die Papiere vorliegen, dann nicht darauf zurückgreife, sei im Bereich des Hochschulstrukturgesetzes die Möglichkeit, über den Abschluss von Zielvereinbarungen die Strukturen gemeinsam im Rahmen eines Konsens festzulegen. Er halte es für sehr wichtig, dass die MLU sehr frühzeitig ihre Vorstellungen geäußert habe und man im Landtag darüber diskutieren könne. Erwähnen möchte er auch, dass man im Landtag auch auf die Informationen und Hinweise aus den Reihen der Studierendenschaft angewiesen sei. Die FDP-Fraktion habe das Gespräch gesucht, leider hätten nur Vertreter der beiden großen Universitäten diese Möglichkeit genutzt. Er fordere alle Stadträte auf, der Universität und auch den halleschen Landtagsabgeordneten, unabhängig von ihrem Parteibuch, mit dem heutigen Beschluss eine gewisse Rückenstärkung mitzugeben, um die Diskussion im Landtag auch von dieser Seite zu unterstützen.

Herr **Prof. Grecksch** knüpfte an den letzten Redner an und meinte, was im Stadtrat fraktionsübergreifend möglich sei mit Blick auf die Hochschulpolitik, müsste auch im Landtag möglich sein. Entscheidungen zur Hochschullandschaft seien eine der wichtigsten Investitionsmaßnahmen des Landes.

Herr **Spanka**, Studierendenrat der Hochschule für Kunst und Design, äußerte, Investitionen in die Bildung seien auch Investitionen in die Zukunft. Er sähe nicht den Fall, dass mit dieser Kürzung der Scherbenhaufen der Finanzpolitik behoben werde, dafür sei das Volumen, um das es gehe, viel zu gering. Er sähe eher den Scherbenhaufen der Bildung. Bei der Diskussion um das Landeshochschulgesetz gehe es nicht nur um Geld, sondern um die Veränderung von Strukturen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis zur Vorlage: einstimmig z u g e s t i m m t

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt die anliegende „Erklärung zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Hochschule für Kunst und Design bei der Hochschulstrukturreform“.

Erklärung

zur Unterstützung der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg und der Hochschule für Kunst und Design bei der Hochschulstrukturreform

Die angespannte Haushaltssituation des Landes ist bekannt. Umstrukturierungs- und Sparzwänge im Bereich der Universitäten und Hochschulen sind nachvollziehbar und verständlich. Aber frei nach dem Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt gilt: Nicht alle Reformen sparen Geld, und nicht alles, was Geld spart, ist eine Reform. Reform bedeutet nicht nur Umgestaltung, sondern Verbesserung des Bestehenden.

Der Stadtrat erwartet deshalb, dass das Land keine Reformen gegen die Universitäten und Hochschulen durchführt, sondern gemeinsam mit ihnen nach sinnvollen Lösungen sucht. Die bisher geplanten Kürzungen bedeuten eine massive Schwächung der in Halle (Saale) ansässigen Hochschulen. Damit ist die Wirtschaftskompetenz der Region und des gesamten wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens in Halle (Saale) in nicht hinnehmbarer Weise betroffen.

Die Martin-Luther-Universität und die Hochschule für Kunst und Design sind ihrer Verantwortung und ihrem Anspruch auf Selbstbestimmung und Autonomie nachgekommen und haben dem Land alternative Vorschläge im Sinne einer effektiven Strukturentwicklung vorgelegt und Einsparpotenziale aufgezeigt.

Der Stadtrat appelliert deshalb an das Land eindringlich, die ausgestreckte Hand der Martin-Luther-Universität und der Hochschule für Kunst und Design zur kooperativen Zusammenarbeit aufzugreifen und die universitären Konzepte ernsthaft in seine Betrachtungen einzubeziehen. Eine Fehlentwicklung im Hochschulbereich würde zu kaum mehr zu reparierenden Schäden für Stadt, Land und Universitäten führen.

Der Vorsitzende des Stadtrates beendete die Sondertagung des Stadtrates.

Bönisch

Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler

Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Schönherr
Stellv. Protokollführerin